

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 11.11.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:05 Uhr bis 20:35 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Michael Lämmerhirt

Herr Christoph Bernstiel
Herr Ulrich Peinhardt
Herr Michael Sprung

Frau Anja Krimmling-Schoeffler
Herr Rudenz Schramm
Herr Eric Eigendorf
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher

Herr Christian Feigl
Frau Yvonne Winkler
Herr Marcel Dörrer
Herr Dr. Henrik Helbig

Herr Alexander Keck
Herr Henning Lübbers
Herr Manfred Sommer
Herr Bernd Voigtländer
Frau Anja Waas

Ausschussvorsitzender

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Teilnahme bis 20:16 Uhr

DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)

SPD-Fraktion Halle (Saale)

SPD-Fraktion

Teilnahme bis 19:30 Uhr

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Teilnahme bis 19:30 Uhr

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin

Entschuldigt fehlen:

Herr Frank Sänger
Herr Swen Knöchel
Herr Ingo Kautz

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)

Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Michael Lämmerhirt, Ausschussvorsitzender, eröffnete und leitete die Sitzung. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest,

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Lämmerhirt, Ausschussvorsitzender, informierte die Mitglieder, dass eine Dringlichkeitsvorlage und ein Dringlichkeitsantrag vorliegen.

DA Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen
Vorlage: VI/2014/00236

DV Neubau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße, Haltepunkt Rosengarten
Vorlage: VI/2014/00309

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, begründete die Dringlichkeit der Vorlage.

Herr Dr Lämmerhirt ließ die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Somit wird die Dringlichkeitsvorlage unter Tagesordnungspunkt 4.6 und der Dringlichkeitsantrag unter 5.2 behandelt.

Weiterhin teilt **Herr Dr. Lämmerhirt** mit, dass die Tagesordnungspunkte

4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013
Vorlage: VI/2014/00158

Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage: Haushaltssatzung und
4.1.1 Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das
Jahr 2013 Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158
Vorlage: VI/2014/00350

- 4.1.2. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 (VI/2014/00158)
Vorlage: VI/2014/00353
 - 5.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen
Vorlage: VI/2014/00236
 - 6.1. schriftliche Anfragen der DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) zum Haushalt
 - 6.2. schriftliche Anfragen des Stadtrates Christoph Bernstiel, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale), zum Haushalt
 - 6.3. schriftliche Anfragen des Stadtrates Eric Eigendorf, SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), zum Haushalt
- zusammen behandelt werden sollen.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilte mit, dass der Änderungsantrag

- 4.4.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Standort des Planetariums der Stadt Halle (Vorlagen-Nummer: V/2014/12542)
Vorlage: VI/2014/00319
- abgesetzt werden muss, da dieser im Kulturausschuss zurückgezogen wurde.

Herr Dr. Lämmerhirt teilte weiterhin mit, dass die Punkte

- 4.4. Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12542
- 8.1. Mündliche Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zum Tagesordnungspunkt 4.4 – Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)
zusammen als 4.0 behandelt werden, wobei der Punkt 8.1 zuerst behandelt werden soll.

Der Tagesordnungspunkt 3 „Genehmigung der Niederschrift“ wird abgesetzt, da diese nicht vorliegt.

Weitere Änderungen gab es nicht.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wird folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift **abgesetzt**
4. Beschlussvorlagen
- 4.0 Mündliche Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zum Tagesordnungspunkt 4.4 – Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)

Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12542
- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013
Vorlage: VI/2014/00158
- 4.1.1. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage: Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158
Vorlage: VI/2014/00350
- 4.1.2. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 (VI/2014/00158)
Vorlage: VI/2014/00353
- 4.2. Ausbau Dessauer Straße und Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: VI/2014/00022
- 4.2.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Ausbau Dessauer Straße und Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft – Gestaltungsbeschluss (VI/2014/00022)
Vorlage: VI/2014/00354
- 4.3. Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 ÖPNV – Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die HAVAG für das Jahr 2015, die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Verteilung der Mittel nach § 9 ÖPNV-
Vorlage: VI/2014/00025
- 4.4.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Standort des Planetariums der Stadt Halle (Vorlagen-Nummer: V/2014/12542)
Vorlage: VI/2014/00319 **abgesetzt**
- 4.5. Bürgerhaushalt Vorschlag B-33 Ausbau der Pfännerhöhe
Vorlage: V/2014/12467

- 4.6. Neubau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße, Haltepunkt Rosengarten
Vorlage: VI/2014/00309
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen
Vorlage: V/2014/12602
 - 5.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen
Vorlage: VI/2014/00236
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. schriftliche Anfragen der DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) zum Haushalt
 - 6.2. schriftliche Anfragen des Stadtrates Christoph Bernstiel, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale), zum Haushalt
 - 6.3. schriftliche Anfragen des Stadtrates Eric Eigendorf, SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), zum Haushalt
- 7. Mitteilungen
 - 7.1. Information zur Erhöhung der Verkehrssicherheit um den August-Bebel-Platz
Vorlage: VI/2014/00100
 - 7.2. Vorstellung der Ergebnisse der Studie "Mittelbedarf für die zukünftige ÖPNV Finanzierung der Verkehrsunternehmen im MDV"
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
 - 8.1. Mündliche Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zum Tagesordnungspunkt 4.4 – Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)
- 9. Anregungen
 - 9.1. Anregungen zum Ausbau des Straßenzuges Heideallee/ Gimritzer Damm zwischen Weinbergweg und Rennbahnkreuz - Vereinfachter Gestaltungsbeschluss

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.0 **Mündliche Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zum Tagesordnungspunkt 4.4 – Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)**

Herr Bernstiel, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale), beantragte ein Wortprotokoll für die mündliche Anfrage.

Herr Bernstiel verlas die mündlichen Anfragen.

Mündliche Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zum Tagesordnungspunkt 4.4 – Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale).

1. Ist der Stadtverwaltung bekannt, dass das Land Sachsen-Anhalt derzeit darüber berät, die Frist der Antragstellung für Flutfördermittel auf Mitte des Jahres 2015 zu verlängern?
2. Erfolgte seitens der Verwaltung die Prüfung alternativer Standorte, insbesondere des Standortes Saline? Falls ja, zu welchem Ergebnis führte die Prüfung?
3. Welches Betreiber- und Unterhaltungskonzept liegt dem derzeitigen Standortvorschlag zu Grunde?

Wortprotokoll Anfang:

„Das ist die mündliche Anfrage. Wir haben hier mit dabei; deswegen mussten wir es heute einschieben. Das haben wir gestern erst bekommen. Eine Drucksache aus dem Landtag, von den vier maßgeblichen Fraktionen sozusagen; jetzt auf den Weg gebracht wurde; sehr große Chancen hat, dass die auch so beschlossen wird.“

Die beinhaltet im Grunde genommen, dass diese Antragsfristen für die Fluthilfe bis zum Juni 2015 verlängert werden. Das heißt, das halten wir deshalb für relevant, weil wir bei so einem wichtigen Punkt wie dem Planetarium jetzt, dann nicht uns sozusagen auf einen Schnellschuss einlassen sollten, da das Betriebskonzept uns in der Form noch nicht so vorliegt bzw. unsere Fraktion kennt das noch nicht, weshalb wir ganz gerne hier heute darüber beraten würden, entweder nochmal über diesen Standort zu sprechen oder zusagen, wir beschließen über den Standort des Planetariums erst, wenn uns sozusagen ein schlüssiges Betriebskonzept vorliegt.

Denn wir wissen, dass es in der Vergangenheit auch schon mal Planungen gab, das sozusagen in die Saline zu integrieren. Wir kennen die Gründe nicht, warum die Saline das jetzt nicht mehr ist oder was da sozusagen passiert. Die Standortvorlage, die hier drin waren, haben wir natürlich auch gesehen, bevor diese Frage auftaucht, aber solange wir da sozusagen nicht geklärt ist, wie wir es betreiben sollen; auch die Finanzierung gestemmt werden soll.

Da steht bis jetzt ja nur drin, es gibt nochmal 700.000 Euro Spenden, die noch nicht begründet sind. Und mit dieser neuen Erkenntnis sozusagen, dass es im Landtag ohnehin zu einer Fristverlängerung kommen würde, würden wir ganz gerne diesen Punkt noch ein bisschen aufschieben und darauf mit der notwendigen Sorgfältigkeit dann sozusagen zu einem späteren Zeitpunkt nochmal über den endgültigen Standort des Planetariums beraten.“

Dr. Lämmerhirt, Ausschussvorsitzender

„Dann würde ich Frau Dr. Marquardt das Wort erteilen.“

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport

„Herzlichen Dank erst einmal. Ganz herzlichen Dank, dass Sie diesen Punkt vorgezogen haben in der Tagesordnung. Das finde ich wirklich eine große Erleichterung.“

Wir haben gehört, dass es Bestimmungen gibt, die Frist zu verlängern. Bis wir die Entscheidung haben, gilt für uns natürlich der 31.12.2014 und daraufhin arbeiten wir. Da arbeiten wir schon eine ganze Weile drauf hin. Und wir werden nicht nachlassen. Wir haben sehr sehr viel zu tun und was wir fertig haben haben wir fertig und können es einreichen.

Und wir wissen, dass andere Kommunen vielleicht auch Schwierigkeiten haben, den Termin zu erreichen. Ich kann mir vorstellen, dass das auch mit ein Grund ist, warum man überhaupt über diese Fristverlängerung nachdenkt. Wir haben nämlich schon einmal eine Fristverlängerung vom 30. Juni dieses Jahres auf Ende des Jahres, aber je länger wir warten, desto besser wird es nicht, kann ich nur sagen, denn das wird alles sehr hektisch in der Abwicklung.

Wir haben viel zu tun mit der Planung und für uns ist die Standortentscheidung natürlich die Voraussetzung, dass wir überhaupt in die Planung gehen können. Für uns ist auch die Standortentscheidung, wenn ich das gleich nachschieben kann, wichtig für das Betreiberkonzept.

Natürlich haben wir Ideen, was wir machen möchten. Wir haben uns auch sehr ausführlich mit dem Gesellschafter Astronomische Bildung unterhalten. Wir haben eine Veranstaltung mit dem Kulturausschuss zusammen mit den Gesellschaftern Astronomische Bildung in der Leopoldina gehabt, damit wir uns auch informieren können, was ist möglich in verschiedenen Planetarien in Deutschland.

Was gibt es für Ideen, wie kann man ein Planetarium so betreiben, dass es wirtschaftlich tragbar ist und das es auch verbindlich ist, dass es ein gutes Angebot ist. Wir haben Ideen, aber die Standortfrage muss erst geklärt werden, bevor man wirklich konkret das Konzept vorlegen kann.

Sie haben auch nachgefragt nach der Saline. Es gab schon im Vorfeld eine Prüfung der Saline, ich glaube das ist dann nicht mehr bei den neun gewesen, weil sich schon von vornherein geklärt hat, dass der Raum fehlt. Wir haben eine Kuppel von 12 Metern in unserem Planetarium. Das ist das was es zu einem Alleinstellungsmerkmal in Sachsen-Anhalt macht.

Das ist ein mittelgroßes Planetarium, das einzige in Sachsen-Anhalt. Wirklich das Einzige weit und breit und das wollen wir natürlich wieder haben. Wir können; über die Flutmittel können wir genau die Funktionen, genau die Größe wieder beantragen, die wir bisher hatten. Zwar nichts größeres, zwar nichts in einer anderen Qualitätsklasse, aber genau das was untergegangen ist können wir beantragen.

Und das möchten wir machen. Und in der Saline hat sich herausgestellt, dass der Platz einfach fehlt. Und da können wir natürlich die Gebäude, die da sind, nicht abreißen, um Platz zu schaffen für ein Planetarium. Von den Funktionen her, von den Bildungsangeboten her würde das natürlich sehr gut passen.

Das würde auch sehr gut in die Franckeschen Stiftungen passen, aber da haben wir auch genau das gleiche Thema mit Raum, mit Zugänglichkeit. Aber da greife ich schon ein wenig vor in die Vorlage. Also das waren die Fragen, also die Antworten zu Ihren Fragen.“

Wortprotokoll Ende

zu 4.0 Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2014/12542

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, führte in die Vorlage ein. Sie sagte, dass das Planetarium schwer vom Hochwasser beschädigt wurde. Dies ist sehr bedauerlich, besonders weil in Sachsen-Anhalt der Astronomieunterricht Pflicht ist. Es wird sehr oft von Bürgern die Frage gestellt, warum ein neues Planetarium entsteht. Durch Gutachten wurde festgestellt, dass durch das Hochwasser 2013 an dem alten Gebäude ein wirtschaftlicher Totalschaden entstanden ist. Es muss also ein Neubau errichtet werden. Weiterhin sagte sie, dass die Peißnitzinsel Hochwassergebiet ist und deshalb ein anderer Standort gefunden werden muss.

Es wurde ein Gutachten erstellt. Die Schadenshöhe beträgt 5,9 Millionen Euro. Es können Flutmittel in dieser Höhe beantragt werden. Damit kann ein neues, qualitativ gleiches Planetarium gebaut werden.

Für die Vorlage wurden neun Standorte detailliert geprüft und in einer Matrix der Vorlage beigefügt. Als Vorzugsvariante wurde der Standort Holzplatz, im Gasometer festgestellt.

Dieser Standort ist gut zugänglich und kann aufgewertet und touristisch eingebunden werden. Aufgrund der Größe des Areals ist dieser Standort sehr gut für Parkplätze geeignet. Des Weiteren ist die Lage hervorzuheben. Es bestehen kurze Wege zur Saline, aber auch in die Innenstadt.

Das Areal kann zu einem symbolischen Preis übernommen werden. Die Hochwassergefahr und die Altlasten wurden ebenfalls geprüft. Neben den 5,9 Millionen Euro können Extramittel für Barrierefreiheit, Brandschutz usw. in Höhe von 812.000 Euro beantragt werden. Weiterhin sind 60.000 Euro für Sicherung vorgesehen. Es können Mittel aus der Förderung Stadtumbau Ost beantragt werden. Weiterhin soll eine Spende aus der Staatskanzlei in Höhe von 100.000 Euro hinzukommen.

Frau Dr. Marquardt macht darauf aufmerksam, dass es auch einen Sponsoring-Vertrag über 750.000 Euro gibt. Hier wurde mit dem Sponsor Stillschweigen vereinbart.

Sie appellierte an die Ausschussmitglieder eine Standortentscheidung zu treffen, damit der Antrag auf Förderung gestellt werden kann.

Herr Stäglich, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte, dass man sich auf die Standortfrage konzentrieren soll. Fragen zum Betreiberkonzept sind in dem zuständigen Fachausschuss zu behandeln.

Frau Trettin, Teamleiterin Freiraumplanung, teilte mit, dass 9 Standorte geprüft wurden. Dabei ging es um die Kriterien städtisches oder privates Grundstück, Erschließung des Grundstückes, Vorbelastung, Parkmöglichkeiten und ökologischer Konflikt.

Die Vorzugsvariante ist das Areal Holzplatz, auch wenn Belastungen vorhanden sind. Es wird gegenüber einem anderen Bau ein Mehraufwand für den Bau in der dritten Etage geben. Auf Grund der Lage kann der Standort sehr gut in den Nahverkehr eingebunden werden.

Aufgrund des hohen Grundwasserspiegels muss die Sohle des Gasometers um 1,30 Meter erhöht werden.

Sie sagte, dass das gesamte Equipment in den Gasometer passt. Ein Aufzug soll für Barrierefreiheit sorgen. Es wird ein zweiter Fluchtweg geschaffen.

Auf diesen Treppenturm soll die Sternwarte gebaut werden. Das Erdgeschoss des Gasometers könnte als Panoramasaal oder für Großveranstaltungen genutzt werden.

Frau Trettin sagte weiterhin, dass es zwei Bauphasen geben soll. Die erste Bauphase soll die Fertigstellung des Planetariums und die zweite Bauphase der Ausbau des Erdgeschosses sein.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte die Variante. Er fragte, ob das alte Planetarium nachgenutzt, oder als nicht-nutzbare Skulptur verbleiben kann.

Herr Bernstiel, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale), fragte, ob der Treppenturm in der Gesamtsumme enthalten ist.

Frau Trettin antwortete, dass dies der Fall sei.

Herr Dr. Helbig, sachkundiger Einwohner, fragte, warum der Standort aufgeschüttet werden soll und ob der Baugrund die Konstruktion trägt.

Frau Trettin antwortete, dass die Sohle im Gasometer aufgeschüttet werden soll, damit die Überflutungshöhe erreicht wird. Weiterhin sagte Sie, dass für die Decke separate Stützen nötig sind und diese eingebaut werden.

Herr Schramm, DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale), fragte, ob ein weiterer Bau- und Gestaltungsbeschluss vorgelegt wird, wenn der Punkt zwei der Vorlage beschlossen wird.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass ein Baubeschluss erforderlich sein wird und in die entsprechenden Ausschüsse eingebracht wird.

Herr Lämmerhirt, Ausschussvorsitzender, fragte, ob alle Mitglieder sich in der Lage fühlen, über die Vorlage abzustimmen, oder ob es Bedarf an einer zweiten Lesung gibt.

Herr Bernstiel äußerte sein Bedenken zur Vorlage, da kein Betriebskonzept vorliegt und die Folgekosten nicht aufgezeigt sind.

Frau Krimmling-Schöffler, DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale), stellte einen Änderungsantrag zur Vorlage. Der Punkt 2 soll gestrichen werden.

Herr Stäglin sagte, dass man sich überlegen sollte, ob der Änderungsantrag eine Änderung des zweiten Beschlusspunktes ermöglichen könnte. Er verwies auf die Beschlusspunkte in der Vorlage. Sollte der zweite Punkt gestrichen werden, gäbe es zwei Standortvarianten für das Planetarium. Damit wäre nicht klar, für welchen Standort der Antrag auf Fördermittel gestellt wird.

Herr Feigl fragte, ob Frau Marquardt das Betreiberkonzept etwas skizzieren könnte, oder ob die Planung ins Blaue gemacht wurde.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass die Standortentscheidung wichtig ist, damit ein Betreiberkonzept erstellt werden kann. Es wurden Gespräche mit dem Schulverwaltungsamt geführt, damit das Bildungsangebot wieder angeboten werden kann. Es soll weiterhin mit der Gesellschaft für Astronomische Bildung zusammen arbeiten. Möglichkeiten wären multimediale Bausteine, Konzerte ect.

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), stellte fest, dass die Vorlage so abgestimmt werden kann. Es wurde nicht festgestellt, dass ein anderer Standort besser geeignet wäre. Sollte die Vorlage geschoben werden, hätte man nichts erreicht, da es weder einen anderen Standort noch ein besseres Planetarium geben würde.

Herr Bernstiel fragte, was mit den Plänen für den Saline Standort geschehen ist.

Frau Trettin sagte, dass durch die Entwicklung im Saline-Museum der Standort nicht mehr vereinbar ist.

Frau Krimmling-Schoeffler teilte mit, dass sie ihren Änderungsantrag neu formuliert hat. Statt Umsetzung wird das Wort Planung eingefügt.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ den gestellten Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Nun ließ **Herr Dr. Lämmerhirt** die geänderte Vorlage abstimmen und bat zuerst die sachkundigen Einwohner um ihre Empfehlung zur Vorlage.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt als Standort für den Neubau des Planetariums den Holzplatz.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der **Planung** ~~Umsetzung~~ des Neubaus des Planetariums im Gasometer, sofern eine auskömmliche Finanzierung gesichert ist.
3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines fundierten Fördermittelantrages zum Neubau am Standort und der Einreichung des Antrages bis spätestens 31.12.2014 beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt.

**zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013
Vorlage: VI/2014/00158**

Herr Dr. Lämmerhirt, Ausschussvorsitzender, teilte mit, dass die Tagesordnungspunkte 4.1.1, 4.1.2, 5.2, 6.1, 6.2 und 6.3 zusammen behandelt werden und die Anfragen TOP 6.1 bis 6.3 umfassend beantwortet wurden. Er fragte, ob weitere Fragen vorhanden sind.

Nachdem alle Änderungsanträge beraten und beschlossen wurden bat Herr Dr. Lämmerhirt die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung der Vorlage.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der inhaltlich geänderten Vorlage zuzustimmen.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ die inhaltlich geänderte Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Beschlussvorschlag (Änderung in Text):

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2015 mit dem Haushaltsplan 2015.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2013 zur Kenntnis.

zu 4.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage: Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158 Vorlage: VI/2014/00350

Herr Bernstiel, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale), teilte mit, dass die Kürzung nicht akzeptabel sei. Der vorhandene Investitionsstau sei nicht mehr hinnehmbar.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, antwortete, dass ein Deckungsvorschlag unterbreitet werden soll. Der Geschäftsbereich II hat keine Möglichkeit eine Million Euro zur Verfügung zu stellen.

Herr Bernstiel sagte, dass durch die günstige Konjunkturlage Mehreinnahmen an Gewerbesteuer vorhanden sein werden. Von diesen Mehreinnahmen soll eine Million Euro für den Straßenbau zur Verfügung gestellt werden.

Herr Dr. Lämmerhirt, Ausschussvorsitzender, ließ den Änderungsantrag abstimmen und bat die sachkundigen Einwohner um ihre Empfehlung zum Antrag.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen den Änderungsantrag abzulehnen.

Nun bat **Herr Dr. Lämmerhirt** die Stadträte um ihr Votum.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

5 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

In den Haushaltsplan 2015 – Produkte – Gemeinde,- Kreis,- Landes,- Bundesstraßen – werden

1.000.000 €

an zusätzlichen Mitteln für die Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze im Stadtgebiet Halle (Saale) bereitgestellt.

**zu 4.1.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 (VI/2014/00158)
Vorlage: VI/2014/00353**

Frau Winkler, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, las den Änderungsantrag der Fraktion vor. Als Deckungsmöglichkeit ging sie auf den Vorschlag der CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale) ein. Sie beantragte die Punkte einzeln abzustimmen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt sagte, dass in diesem Änderungsantrag die Schwierigkeit besteht, dass zwei Ausschüsse betroffen sind. Punkt 1 und 2 sind im Haushalt des Fachbereichs Bauen angesiedelt, Punkt 3 im Fachbereich Umwelt. Er schlug vor den Punkt 1 nicht zu beschließen, sondern in der Sondersitzung Finanzausschuss am 13.11.2014. Bis dahin werde man prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, den ersten Punkt im Haushalt 2015 abbilden zu können. Weiterhin sagte er, dass der Planungsausschuss für den dritten Punkt nicht zuständig ist.

Frau Winkler äußerte, dass sie den Antrag so ändert, dass der Punkt 1 im Finanzausschuss abgestimmt wird und der Punkt 3 im Ordnungs- und Umweltausschuss. Sie bat um Abstimmung von Punkt 2.

Herr Dr. Lämmerhirt, Ausschussvorsitzender, bat die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig dem Punkt 2 des Antrages zuzustimmen.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ den Punkt 2 des Antrages abstimmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Einzelpunkt abstimmung
Pkt. 1:	beraten
Pkt. 2:	einstimmig zugestimmt
	8 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen
Pkt. 3:	nicht zuständig

Beschlussvorschlag:

In der Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 werden folgende Punkte angepasst:

1. Im Produkt Straßenbeleuchtung 1.54504 wird die Erweiterung von Lichtpunkten für die Alte Heerstraße, beginnend an der Kasseler Str. bis zur Kreuzung Weizenweg/Roggenweg, in der Darstellung der Leistung für 2015 aufgenommen.
2. Zum Produkt 1.57306 Öffentliche Toiletten wird die geplante Minderausgabe in Höhe von 120.885 € gestrichen. Die geplante Schließung der Öffentlichen Toilettenanlagen Mauerstraße, Leipziger Turm, Am Steintor, Peißnitz, Fährstraße wird nicht umgesetzt.
3. Zum Produkt 1.55102 Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze werden die vorgesehenen Minderaufwendungen bei der Unterhaltung der Spielplätze in der Position Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 50.000 € gestrichen und es wird der Ansatz von 2014 eingestellt.

zu 4.2 Ausbau Dessauer Straße und Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft - Gestaltungsbeschluss - Vorlage: VI/2014/00022

Nach der Diskussion zum Änderungsantrag TOP 4.2.1 gab es keinen weiteren Redebeitrag.

Herr Dr. Lämmerhirt, Ausschussvorsitzender, bat die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Nun ließ Herr Dr, Lämmerhirt die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9 Ja-Stimmen
0-Nein Stimmen
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Die Vorzugsvariante der Vorplanung zum Ausbau der Dessauer Straße und Neubau Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft wird als Grundlage für die weitere Planung bestätigt.

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Ausbau Dessauer Straße und Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft – Gestaltungsbeschluss (VI/2014/00022)
Vorlage: VI/2014/00354**

Frau Winkler, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, begründete den Änderungsantrag. Es geht besonders um das Ende der Straßenbahnlinie und die Platzgestaltung. Am Ende der Straße soll die Justizvollzugsanstalt errichtet werden, deshalb soll geprüft werden, ob die Straßenbahn bis Höhe Haupteingang Justizvollzugsanstalt Dessauer Straße verlängert werden kann. Des Weiteren soll mit dem Land wegen einer Kostenbeteiligung verhandelt werden. Weiterhin beantragte Frau Winkler die Beschlusspunkte getrennt abzustimmen.

Herr Sommer, sachkundiger Einwohner, ergänzt, dass es eine Einwohnerversammlung gab. Der Änderungsantrag soll ein Prüfvorschlag an die HAVAG oder die Verwaltung sein. Die Straßenbahn könnte zur Attraktivität des Gebietes beitragen. Weiterhin sagt er, dass der Platz als Stadteingang gesehen wird. Außerdem wurden die Fußwege nicht gut genug bedacht. Das Dach des denkmalgeschützten Gebäudes ragt über den Fußweg hinaus. Deshalb sollte der gesamte Bereich, dazu gehört auch die Freiflächengestaltung, nochmal betrachtet werden.

Herr Otto, Teamleiter Verkehrsplanung, begründete die Vorlage. Ursprünglich wurde über eine Verlängerung der Linie 1 nachgedacht. Dies wurde jedoch verworfen, da kein Fahrgastpotential vorhanden ist. Ziel ist es, barrierefreie Haltestellen auf dieser Strecke zu schaffen. Auch die Endhaltestelle ist bisher nicht barrierefrei. Es wurden verschiedene Varianten untersucht und der vorgelegte Kompromiss stellt die wenigsten Nachteile dar.

Durch die Vorzugsvariante würde ab dem Knoten Landrain die Strecke komplett ausgebaut werden. Es würde eine gerade Linienführung entstehen, sowie beidseitige Richtungsfahrbahnen, Radwege und Parkmöglichkeiten, welche bisher nicht vorhanden sind.

Weiterhin sagte er, dass es natürlich auch Nachteile gibt. So müsste man beispielsweise in Grundstücke eingreifen, was aber für die Besitzer auch ein Vorteil ist, da diese legal vor dem Grundstück dann parken können.

Herr Otto führte weiter aus, dass die Endhaltestelle geometrisch gestaltet werden muss. Der Platz soll noch mit Bäumen und Fahrradabstellanlagen optimiert werden. Fußgängerüberwege sind in der Planung, aber noch nicht im Plan vermerkt. Es wird angestrebt, dass Busse und Straßenbahnen an einem Bahnsteig halten. Der Regelbahnsteig wird der südliche Bahnsteig sein. Dies wurde mit dem Schulverwaltungsamt abgestimmt. Der Bahnsteig wird 45m lang und 6m breit sein.

Frau Krimmling-Schoeffler, DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale), fragte, ob die Bäume ersetzt werden. Weiterhin möchte sie wissen, ob Park & Ride vorgesehen ist und ob die Gaststätte genutzt werden soll.

Herr Otto antwortete, dass auf der Westseite der Straße keine Bäume gefällt werden. Auf dem Platz der Endhaltestelle sollen drei Bäume gefällt werden. Weiterhin sagte er, dass Park & Ride geprüft wurde, jedoch ein Parkplatzverlust gegenüber dem bestehenden Bestand entstehen würde. Auch sei Park & Ride über das Stadtbahnprogramm nicht förderbar. Zu der denkmalgeschützten Wartehalle sagte Herr Otto, dass diese in privater Hand ist, die Verwaltung jedoch im Kontakt mit den Eigentümer steht.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, kam nochmal auf die Aussage von Herrn Sommer zurück. Er stellte ebenfalls fest, dass das Dach über dem Fußweg ragt. Dies würde nochmal betrachtet werden. Aus seiner Sicht kann die Vorlage trotzdem beschlossen werden.

Zu den Bäumen sagte er, dass sehr lange darüber diskutiert wurde, jedoch eine Lösung gefunden wurde.

Ein Park & Ride Platz sei nur mit Eingriff in den Sportplatz und unter Verzicht der diesen flankierenden Baumreihe möglich gewesen und deswegen nicht weiter verfolgt worden.

Herr Dr. Helbig, sachkundiger Einwohner, fragte, warum die Breite der Fahrradwege nicht der Breite von 2 Metern entspricht.

Herr Otto antwortete, dass hier Eingriffe in Privatgrundstücke vorgenommen werden müssen. Dabei gilt der Grundsatz der Eingriffsminimierung.

Herr Sommer fragte, wie die Bushaltestelle in Richtung Trotha organisiert werden soll.

Herr Otto antwortete, dass im Idealfall der Bus am selben Bahnsteig wie die Straßenbahn hält.

Herr Sommer zeigt sich mit der Gestaltung nicht zufrieden. Es sollte möglich sein Änderungen vorzunehmen. So bräuchte der Großbaum nicht gefällt werden und die Fahrradabstellanlagen könnten an der Schule platziert werden.

Herr Stäglin sagte, dass man sich erst auf der Ebene des Gestaltungsbeschlusses befindet. Viele Details sind noch nicht geklärt. Die Fahrradständer sollten jedoch möglichst nah an der Haltestelle platziert werden.

Frau Winkler stellt einen Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 4.2.

Herr Dr. Lämmerhirt, Ausschussvorsitzender, bat die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung zur Vertagung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen mehrheitlich die Vertagung abzulehnen.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Herr Dr. Lämmerhirt bat die sachkundigen Einwohner um ihr Votum.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen mehrheitlich die Punkte und somit den Änderungsantrag abzulehnen.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ nun den Änderungsantrag in Einzelpunkte abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einzelpunkt abstimmung

Pkt. 2: mit Patt abgelehnt
4 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Pkt. 3 mehrheitlich abgelehnt
1 Ja-Stimme
7 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird um Beschlusspunkte 2 und 3 ergänzt:

1. Die Vorzugsvariante der Vorplanung zum Ausbau der Dessauer Straße und Neubau Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft wird als Grundlage für die weitere Planung bestätigt.
2. **In der weiteren Planung wird eine Verlängerung des Straßenbahnliniennetzes bis Höhe neuer Haupteingang der Justizvollzugsanstalt Dessauer Straße (ca. Höhe Zöberitzer Straße) geprüft. Hierzu werden Verhandlungen mit dem Land aufgenommen, inwieweit eine finanzielle Beteiligung an der Zufahrt zur Justizvollzugsanstalt übernommen wird. Es wird geprüft, die Endstelle der Straßenbahnlinie 1 der HAVAG auf die Höhe Zöberitzer Straße zu verlagern.**
3. **Wenn Beschlusspunkt 2 nicht realisierbar sein sollte, werden in der weiteren Planung nachstehende Aspekte berücksichtigt:**
 - **Erhalt des Platzcharakters an der Endstelle der Linie 1 (mehr Raum für Fußwege , Freifläche für Bänke und Gastronomie)**
 - **Schaffung einer durchgehenden Fußwegebeziehung bis zum Eingang der Schulgebäude**
 - **Verlagerung der Fahrradabstellanlage Richtung Schulgebäude**
 - **Sicherung einer baumschonenden Platzgestaltung mit Bezug auf Baumgutachten, wenn Fällungen vorgeschlagen werden**

zu 4.3 **Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 ÖPNV – Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die HAVAG für das Jahr 2015, die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Verteilung der Mittel nach § 9 ÖPNV-
Vorlage: VI/2014/00025**

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte den neuen Mitgliedern mit, dass es sich um eine übliche Praxis handelt, die Verteilung der Regionalisierungsmittel als Vorlage einzubringen.

Herr Dr. Lämmerhirt, Ausschussvorsitzender, bat die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Nun wurde die Vorlage mit folgendem Ergebnis abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Verwendung der Mittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 und § 9 des ÖPNV-Gesetzes des Landes und die Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen an den Mitteldeutschen Verkehrsverbund werden beschlossen.

zu 4.4 Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2014/12542

Die Vorlage wurde unter Tagesordnungspunkt 4.0 behandelt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt als Standort für den Neubau des Planetariums den Holzplatz.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der **Planung Umsetzung** des Neubaus des Planetariums im Gasometer, sofern eine auskömmliche Finanzierung gesichert ist.
3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines fundierten Fördermittelantrages zum Neubau am Standort und der Einreichung des Antrages bis spätestens 31.12.2014 beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt.

zu 4.4.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Standort des Planetariums der Stadt Halle (Vorlagen- Nummer: V/2014/12542) Vorlage: VI/2014/00319

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Antrag wurde durch Antragsteller
im Kulturausschuss zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden neuen Beschlusspunkt ergänzt:

4. Der Stadtrat beschließt, dass der Gebäudekomplex des alten Planetariums (Standort Peißnitzinsel 4) nicht abgerissen wird. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie durch Vereinfachung der Baustruktur (Herausnahme von Innenwände und Verkleidungen sowie der Nutzungseinbauten im EG, ggf. auch der Fenster) eine hochwassersichere Nutzung geschaffen werden kann. Darüber hinaus sind Verhandlungen mit interessierten Akteuren (zum Beispiel dem Peißnitzhaus e.V.) zur Nachnutzung des

Gebäudes zu führen. Ziel sollte sein, zu einem Nutzungskonzept zu gelangen, dass für die Stadt keine Folgekosten verursacht. Das Ergebnis der Verhandlungen ist dem Stadtrat im 1. Quartal 2015 vorzulegen.

**zu 4.4.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)" - Vorlagen-Nr.: V/2014/12542
Vorlage: VI/2014/00366**

Der Änderungsantrag wurde bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes 4.0 eingebracht und abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird im Punkt 2. wie folgt geändert.

2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der **Planung Umsetzung** des Neubaus des Planetariums im Gasometer, sofern eine auskömmliche Finanzierung gesichert ist.

**zu 4.5 Bürgerhaushalt Vorschlag B-33 Ausbau der Pfännerhöhe
Vorlage: V/2014/12467**

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte mit, dass der Bürgerhaushaltvorschlag noch beantwortet werden muss. Das Thema Einbahnstraße ist heftig diskutiert wurden. Man ist zu dem Ergebnis gekommen, dass durch eine Einbahnstraße der Verkehr nicht entschleunigt werden würde

Dr. Lämmerhirt, Ausschussvorsitzender, bat die sachkundigen Einwohner eine Empfehlung abzugeben.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Nun wurde die Vorlage mit folgendem Ergebnis abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Die Planung für den grundhaften Ausbau der Pfännerhöhe wegen des Erhalts der Baumallee bis auf Weiteres ruhen zu lassen, die Gehwege im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht zeitnah instand zu setzen und entgegen dem Vorschlag des Bürgers in der Pfännerhöhe keine Einbahnstraßenregelung einzuführen und
2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

zu 4.6 **Neubau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße, Haltepunkt Rosengarten Vorlage: VI/2014/00309**

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, führte in die Vorlage ein. Im April 2014 wurde durch den Stadtrat beschlossen, gegenüber der Deutschen Bahn ein Aufweitungsverlangen zu erklären.

Es wird nun von einer Breite von 28,60 Meter ausgegangen, wobei es separate Straßenbahnkörper, zwei Richtungsfahrbahnen, Rad und Fußweg geben wird. Es wurden verschiedene Varianten diskutiert. Ursprünglich sollte eine Einfeldbrücke durch die Deutsche Bahn realisiert werden, ohne Kostenbeteiligung der Stadt. In der Vorlage sind vier Varianten dargestellt und grob betrachtet worden.

Die Variante 1 stellt die Ergänzung der bisherigen Lösung der Deutschen Bahn um die Felder für die Nebenanlage dar. Hier wurde versucht, unter weitestgehender Verwendung der alten Planung, die Aufweitung des Straußenraumes zu realisieren. Dies würde nun den Charakter einer Dreifeldbrücke darstellen und die Breite von 28,60 Meter würden erreicht werden.

Variante 2 wäre die Anhebung der Gradienten der Bahn.

Variante 3 wäre die Absenkung der Fahrbahn. Hier gäbe es das Problem der vorhandenen Infrastruktur, welche dann angepasst werden müsste.

Die 4. Variante wäre 34,30 Meter breit, und beinhaltet zusätzlich auch die Haltestellen.

Insgesamt habe man einen groben Kostenvergleich gemacht. Bisher wurden keine Mittel in die mittelfristige Planung eingearbeitet.

Die Vorzugsvariante wäre Variante 1, da die Stadt hier den kleinsten Anteil zu tragen hat. Vieles müsste beachtet werden, so zum Beispiel der Lärmschutz. Die Variante 1 gibt keinen Lärmschutz vor, der wäre bei dieser Variante auch nicht nötig.

Bei Realisierung der Variante 2 wäre an der nördlichen Seite der Lärmschutz erforderlich. An der südlichen Seite wäre der Lärmschutz zusätzlich und müsste zusätzlich finanziert werden. Für Variante 3 und 4 ist ebenfalls kein Lärmschutz erforderlich. Sollte der Ausschuss sich für erforderlichen Lärmschutz aussprechen, müsste man Variante 2 realisieren, jedoch zu höheren Kosten.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellte fest, dass Fördermittel über Jahre an ein Projekt mit zweifelhafter Wirkung gebunden werden. Er sei verärgert, da im letzten Jahr durch die Verwaltung festgestellt wurde, dass aus verkehrstechnischer Sicht eine Aufweitung der Brücke nicht notwendig wäre. Er sagte, dass es sinnvollere Projekte in der Stadt gibt.

Herr Schramm, DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale), fragte, wie hoch der gesamte Aufwand durch diese Aufweitung gestiegen ist, wenn jetzt die Gesamtsumme 9,13 Millionen Euro beträgt.

Herr Stäglin antwortete, dass der Anteil für die Stadt Null gewesen wäre.

Frau Foerster, Leiterin Fachbereich Bauen, sagte, dass bei der Ein-Feld-Brücke die Deutsche Bahn zu 100 Prozent die Kosten gehabt hätte. Durch die Aufweitung werden die Kosten durch einen Kostenschlüssel verteilt. Die Studie der Deutschen Bahn ist nicht förderfähig und muss durch die Stadt Halle (Saale) getragen werden. Für die alte Brücke bekommt man einen Vorteilsausgleich. Dies ist ein errechneter Geldwert, nur eine rechnerische Größe, welche die Stadt von der Bahn erhält. Es bleibt ein gewisser Teil übrig, welcher über die Entflechtungsmittel finanziert werden soll. Die Verwaltung geht von 80 Prozent Förderung aus.

Frau Krimmling-Schoeffler, DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale), merkte an, dass die HES gebaut wurde um die Merseburger Straße zu entlasten. Sie fragte, warum vierspurig gebaut werden soll.

Herr Stäglin antwortete, dass der Stadtrat dies im April beschlossen hatte.

Herr Lübbers, sachkundiger Einwohner, findet den Ratsbeschluss sehr zweifelhaft und fragt, wie der Zeitaufwand wäre, wenn neu geplant würde.

Frau Foerster teilte mit, dass nur die Bahn und nicht die Stadt Halle (Saale) plant.

Herr Lübbers stellte fest, dass die Gesamtbreite bei der Variante 1 mit 28,6 Meter angegeben ist. Er fragte ob die Gesamtbreite höher wäre.

Frau Foerster antwortete, dass immer vom Nettoquerschnitt ausgegangen wird. Konstruktionsteile der Brücke kämen dann noch dazu.

Herr Lübbers hat eine letzte Frage. Er sagte, dass bei einer anderen Vorlage gesagt wurde, dass die Regelbreite des Fahrradweges 1,85 Meter betrage. Er fragte warum in der aktuellen Vorlage die Radwege mit 2,10 Meter angegeben sind.

Herr Otto, Teamleiter Verkehrsplanung, teilte mit, dass es sich um einen separaten Radweg handelt.

Herr Feigl fragte, ob es eine Prioritätenliste für Entflechtungsmittel gibt.

Herr Stäglin antwortet, dass es schwierig wäre eine Prioritätenliste zu erstellen, weil alle Projekte wichtig sind.

Herr Peinhardt, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale) wollte wissen, wie groß der Topf Entflechtungsmittel ist.

Frau Foerster antwortet, dass jährlich ca. drei Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Herr Dr. Lämmerhirt, Ausschussvorsitzender, bat die sachkundigen Einwohner eine Empfehlung abzugeben.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

6 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

- I. Der Stadtrat stimmt der Variante 1 - Dreifeldbrücke mit einer lichten Nettoweite von 28,60 m – als Vorzugsvariante zur Sicherung eines 4-spurigen Straßenausbaus der Merseburger Straße zu.
- II. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Deutschen Bahn AG für die Gesamtmaßnahme auf dieser Grundlage eine Planungsvereinbarung in Höhe von 416.500,00 Euro abzuschließen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) -
Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen
Vorlage: V/2014/12602**

Frau Krimmling-Schoeffler, DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale), führte in den Antrag ein. Sie sagte, dass es Qualitätsstandards für Radwege geben sollte, die dann auch eingehalten werden sollten. Es gibt einen Detailkatalog vom Runder Tisch Radverkehr. Die Verwaltung sollte diesen Katalog als verbindliche Richtlinie ansehen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte, dass es Ziel der Verwaltung ist, sich mit diesem Katalog abzustimmen. Er sieht die Schwierigkeit jedoch darin, dass bei Planungsprozessen auf die örtlichen Gegebenheiten reagiert und Einzelfalllösungen unter Berücksichtigung eines Gestaltungskatalogs gefunden werden müssen.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagte, dass er den Antrag nachvollziehen kann. Er würde es jedoch sinnvoller finden, wenn es eine Form in der ganzen Stadt gäbe. Er ist der Meinung, dass es möglich sein müsste, ein Regelwerk aufzustellen.

Herr Lübbers, sachkundiger Einwohner, teilte mit, dass er am Runden Tisch Radverkehr teilgenommen hat. Der vorhandene Katalog wäre zwar verbindlich, lässt aber Ausnahmen zu.

Herr Möbius, Abteilungsleiter Verkehrsplanung, sagte, dass das Thema am Runden Tisch Radverkehr diskutiert werden sollte. Es gibt bundesweit ein technisches Regelwerk.

Der Detailkatalog für die Stadt Halle (Saale) sollte aktualisiert werden und dann im Planungsausschuss zur Information gegeben werden.

Herr Stäglin schlug vor, den Detailkatalog in der letzten Sitzung vor der Sommerpause 2015 inhaltlich vorzustellen. Dann kann geprüft werden, ob der Antrag erledigt ist oder angepasst werden muss.

Herr Loebner, Leiter Fachbereich Planen, sagte, dass man sich mit dem Detailkatalog etwas sehr Ehrgeiziges vorgenommen hat. Man werde die Bedenken berücksichtigen und einfließen lassen. Es soll eine Grundsatzentscheidung gefasst werden, die die nächsten 25 - 30 Jahre hält.

Frau Krimmling-Schoeffler, stellt den Antrag auf Vertagung bis zur letzten Sitzung des Ausschusses vor der Sommerpause 2015.

Abstimmungsergebnis: vertagt

durch Antragsteller bis Juni 2015

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen zu erarbeiten und dem Stadtrat bis zum Juli 2014 zum Beschluss vorzulegen.

zu 5.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen Vorlage: VI/2014/00236

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilte mit, dass weiterhin Bedarf an Fahrradabstellanlagen vorhanden ist. Er fragte, wie viele von den 1000 Fahrradbügeln bisher umgesetzt wurden. Weiterhin sagte er, dass ein Bedarf von weiteren 2300 Bügeln vorhanden sei.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt ergänzte, dass der Sachstand bezüglich der aktuellen Zahl von vorhandenen Bügeln im öffentlichen Raum zur Verfügung gestellt wurde.

Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), fragte, ob über eine Patenschaft nachgedacht wurde. An anderen Stellen bspw. Bäume und Grünflächen wurde dies positiv umgesetzt.

Herr Stäglin antwortete, dass man diese Anregung an das DLZ Bürgerengagement weiter gibt.

Herr Keck, sachkundiger Einwohner, sagte, dass ihm gewisse Zahlen fehlen, um dem Antrag zustimmen zu können.

Herr Feigl erläuterte nochmal den Antrag. Er wies auf den beschlossenen Antrag der SPD-Fraktion hin. Dieses Projekt soll weitergeführt werden, da weiterer Bedarf ermittelt wurde.

Herr Stäglin sagte, dass die Finanzierung nicht gedeckt ist. Außerdem habe die Verwaltung einen Bedarf von 633 Bügeln im öffentlichen Raum ermittelt. Die im Antrag aufgezeigten 2300 Bügeln werden bei öffentlichen Einrichtungen benötigt und fallen deshalb nicht in die Zuständigkeit des Fachbereichs Bauen. Deshalb wird von Seiten der Verwaltung empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Herr Sprung, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), fragte, woraus diese Bügel finanziert werden sollen.

Herr Feigl antwortet, dass die CDU/FDP Stadtratsfraktion eine gute Finanzierungsquelle genannt hatte oder sie könnten aus der Mehrfinanzierung der Fraktionen genommen werden.

Herr Peinhardt fragte, ob es eine Auflistung von Aufstellplätzen gibt.

Herr Stäglin antwortete, dass man den Fraktionsgeschäftsstellen mitteilt, ob diese Auflistung als Anlage an der Radverkehrskonzeption beigefügt ist. Sollte dies nicht der Fall sein, würde man eine Aufstellung nachreichen.

Herr Dr. Lämmerhirt bat die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung zum Antrag.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen mehrheitlich dem Antrag zuzustimmen.

Nun ließ **Herr Dr. Lämmerhirt** den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Zeitraum des städtischen Investitionsprogramms 2014 -2018 erneut 1.000 Fahrradabstellplätze entsprechend der vom Stadtrat im Oktober 2013 bestätigten Bedarfsliste zu schaffen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 schriftliche Anfragen der DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) zum Haushalt

Die Anfragen wurden mit den Tagesordnungspunkt 4.1 behandelt und zur Kenntnis genommen.

**zu 6.2 schriftliche Anfragen des Stadtrates Christoph Bernstiel, CDU/FDP
Stadtratsfraktin Halle (Saale), zum Haushalt**

Die Anfragen wurden mit den Tagesordnungspunkt 4.1 behandelt und zur Kenntnis genommen.

**zu 6.3 schriftliche Anfragen des Stadtrates Eric Eigendorf, SPD-Fraktion Stadt
Halle (Saale), zum Haushalt**

Die Anfragen wurden mit den Tagesordnungspunkt 4.1 behandelt und zur Kenntnis genommen.

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 Information zur Erhöhung der Verkehrssicherheit um den August-Bebel-
Platz
Vorlage: VI/2014/00100**

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte mit, dass diese Mitteilung schriftlich vorliegt.

**zu 7.2 Vorstellung der Ergebnisse der Studie "Mittelbedarf für die zukünftige
ÖPNV Finanzierung der Verkehrsunternehmen im MDV"**

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte, dass oft die Frage gestellt wurde, ob man etwas an der Situation ändern kann, dass nicht jedes Jahr eine Vorlage zur Erhöhung der Fahrpreise gemacht wird. Der MDV hat den Auftrag aus den Gremien aufgenommen und eine Studie erstellt, welche Möglichkeit der Finanzierung des MDV es geben könnte.

Herr Lehmann, MDV, teilte mit, dass der MDV eine Finanzierungsstudie bis 2025 in Auftrag gegeben hatte. Dabei wurde untersucht, welcher Aufwand besteht. Dieser Aufwand wird steigen von 300 Millionen Euro auf 430 Millionen Euro. Es handelt sich dabei um eine Kostensteigerung von 3 Prozent pro Jahr. Gleichzeitig wurde der Investitionsbedarf ermittelt. Dieser steigt von 120 Millionen Euro auf 170 Millionen Euro. In den letzten Jahren hatte man jedes Jahr die Fahrpreiserhöhung gehabt. Diese Variante war und ist bisher alternativlos. Man hat in der Studie dann geschaut, ob es Alternativen zu den moderat jährlich steigenden Fahrpreisen gibt. Der Gutachter hat über 20 Vorschläge gemacht. 4 Vorschläge wurden näher betrachtet. Es soll in den nächsten 1-2 Jahren über diese Studie gemeinsam diskutiert werden. Dabei soll betrachtet werden, ob es Alternativen gibt, wie diese aussehen könnten und ob es Alternativen für die Stadt Halle (Saale) gäbe.

Herr Lehmann bot an, in die Fraktionen zu kommen, um über das Thema zu diskutieren. Am Ende soll eine Entscheidung getroffen werden, ob es eine Änderung geben wird, oder ob alles so bleibt wie es ist.

Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

Herr Schramm, DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale), fragte, wie hoch der Aufwand prozentual ist, um die Fahrkarten herzustellen, zu verkaufen, zu entwerfen, zu kontrollieren etc.

Herr Lehmann antwortete, dass der Aufwand für den Vertrieb von Fahrscheinen ganz grob geschätzt 1-2 Prozent ausmacht.

Herr Stäglich regte an, das Thema im Januar auf die Tagesordnung zu nehmen oder eine gemeinsame Sitzung mit anderen Ausschüssen durchzuführen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Mündliche Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zum Tagesordnungspunkt 4.4 – Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)

Die mündliche Anfrage wurde unter Tagesordnungspunkt 4.0 behandelt.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Anregungen zum Ausbau des Straßenzuges Heideallee/ Gimritzer Damm zwischen Weinbergweg und Rennbahnkreuz - Vereinfachter Gestaltungsbeschluss

Herr Stäglich, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, wies darauf hin, dass in der letzten Ausschusssitzung bekannt gegeben wurde, dass auf der heutigen Tagesordnung Anregungen zum Thema gegeben werden sollten. Wenn keine Anregungen vorhanden sind, würde die Verwaltung auf der Grundlage dessen, was den Mitgliedern bekannt ist, die weitere Planung vorantreiben.

Herr Lübbers, sachkundiger Einwohner, teilte mit, dass im ursprünglichen Gestaltungsbeschluss Radwegübergänge mit einem gewissen Zick-Zack-Muster markiert wurden. Das wurde bemängelt. Er fragte, ob die Beanstandung in der Planung berücksichtigt wird.

Herr Otto, Teamleiter Verkehrsplanung, äußerte, dass ihm die Beanstandung nicht bekannt ist. Außerhalb der signalisierten Knotenpunkte wurde eine Z-Lösung genutzt. Diese ist jedoch Regelkonform.

Herr Stäglich sagte, dass die Anregung mitgenommen wird.

Herr Dr. Lämmerhirt, Ausschussvorsitzender, beendete die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 11.12.14

Uwe Stäglin
Beigeordneter

Dr. Michael Lämmerhirt
Ausschussvorsitzender

Maik Stehle
Protokollführer